

Inhalt

Vorwort	S. 3	5 Jahre Baustelle HZA/ZFA in Berlin	S. 14
BDZ-Bundesvorstand tagte	S. 4	AG Rente und Pensionen	S. 17
Strukturentwicklung Zoll, Sachstand	S. 6	Diskussion zu Stellenausschreibungen	S. 18
Wir begrüßen neue Mitglieder	S. 10	Weihnachtsgruß des BV-Vorsitzenden	S. 20
Bezirkstag BV Hannover	S. 11	Ruhestandsgruppe informiert	S. 21
Personalversammlung BImA	S. 12	Wir gratulieren zum Hundertsten	S. 22
Wir gratulieren herzlich	S. 13	Ansprechpartner	S. 23

Profitieren Sie vom Testsieger!



Seit Jahren bewertet der Wirtschaftsdienst **map-report** die Debeka Kranken- und Lebensversicherung mit Platz 1.

Geprüft wurden: Kundendienst, Vertrag und Bilanz.

Davon sollten Sie profitieren! Rufen Sie uns an.

Debeka Krankenversicherungsverein a. G.
Lebensversicherungsverein a. G.
Mit Sicherheit zu Ihrem Vorteil.

Ingo Puhl

Bezirksleiter

Gleditschstraße 38

10781 Berlin

Telefon (030) 2267 9067

Telefax (030) 2267 9068

Mobil (0172) 312 1270

Ingo.Puhl@debeka.de

Impressum

ZBB - Zoll und BImA, BADV, BZSt in Berlin & Brandenburg

Redaktion, Herausgeber und Anzeigenannahme

BDZ - Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft
Bezirksverband Berlin-Brandenburg

www.bdz-bb.de

Chefredakteur: Uwe Büttner

Großbeerenstr. 341-345,
14480 Potsdam

Tel.: 0331/6461-594

Fax.: 0331/6461-599

e-mail: uwe.buettner@hotmail.de

Druck

Druckhaus Köthen GmbH
PSF 1152, 06351 Köthen

Satz & Layout

Uwe Büttner

Fotos

mev, U.B., T.G., W.F.

Erscheinungsweise

vierteljährlich

Auflage

2500 Exemplare

Redaktionsschluß für 1/2010

26. Februar 2010

Die mit Namen oder Initialen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte übernehmen Herausgeber und Redaktion keine Verantwortung.



Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wieder ist ein Jahr fast vorbei. Drei Vorworte habe ich in diesem Jahr bereits für diese Zeitung verfasst. Was soll man da am Jahresende noch groß thematisieren???

Vielleicht den Stand der Umsetzung des Feinkonzeptes zur Strukturentwicklung Zoll mit den Problemen bei den BFD'en, vor allem bei der Personalausstattung der Abteilung RF und hier besonders der Bereiche RF 12 und RF 13?

Oder auch im Zusammenhang mit der Strukturentwicklung die fragwürdige Zusammenlegung der Vollzugsbereiche der Hauptzollämter in den Sachgebieten C und der damit auch einhergehenden komplizierten Zuständigkeitsabgrenzungen, besonders wenn auch noch Flughafenämter betroffen sind?

Oder den noch immer von allen Seiten geforderten aber noch nicht existierenden „Organisationserlass“ zur Abgrenzung der Zuständigkeiten und Kompetenzen zwischen BMF, Mittelbehörden und Ortsbehörden?

Oder den seit der EU-Osterweiterung immer noch unerklärlichen Zustand, dass die MKGen (inzwischen KEV) an den Standorten entlang der Grenze zu Polen und Tschechien Kolleginnen und Kollegen „im Überhang“ haben, obwohl diese doch mit ihrer Arbeit ganz originär die Aufgaben des Zolls – Überwachung des grenzüberschreitenden Reise- und Warenverkehrs – erfüllen? Warum gibt man diesen Beschäftigten nicht hier, wo die Arbeit ist und die zollrelevanten Feststellungen getroffen werden, einen Dienstposten (ohne -kw-)? Das in diesem Zusammenhang ausgelaufene Rotationssystem zur Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen an der Schweizer Grenze zur Abstempelung von Mehrwertsteuerbescheinigungen im „kleinen Grenzverkehr“ (Zollaufgabe???) wird ja hoffentlich nicht wiederbelebt!

Oder die Frage nach der Zukunft unserer Zollverwaltung mit dem neuen Minister Herrn Dr. Schäuble an der Spitze? Das geplante Gespräch zwischen dem Minister und der BDZ-Bundesleitung wird am 11. Januar 2010 die ersten Signale geben können, wohin unsere Reise gehen wird...

Aber all diese Probleme und Fragen werde ich heute nicht thematisieren – denn ich bin mir sicher, die werden uns (leider) auch mindestens im nächsten Jahr noch begleiten. (Lieber würden wir uns mit zöllnerischen Aufgaben befassen...) Damit wir dann noch die notwendige Motivation haben, Veränderungen bzw. Verbesserungen anzuregen und umzusetzen, sollten wir uns jetzt erst einmal auf das bevorstehende Weihnachtsfest konzentrieren und versuchen, Abstand zu gewinnen.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen ein Frohes Fest und einen Guten Rutsch in ein hoffentlich gutes Jahr 2010!

Ihr Uwe Büttner



Dialogbereitschaft sieht anders aus!!!

Am 13.10.2009 fand im Rahmen der BDZ-Bundesvorstandssitzung in Bad Breisig ein Meinungsaustausch mit dem Zollabteilungsleiter im BMF, MD Hans-Joachim Stähr, statt. Ziel des Gespräches war der Versuch sachlich und nicht populistisch über Entwicklungen und Fehlentwicklungen im Strukturobjekt Zoll und über die Rolle des BDZ in der Bundeszollverwaltung zu sprechen.

Die zuvor seitens des Zollabteilungsleiters veranlasste Veröffentlichung des Antwortschreibens an den BDZ-Bundsvorsitzenden auf das Ergebnis der Mitgliederbefragung des BDZ zur Lage in der Zollverwaltung war der ernste Anlass für dieses Gespräch. MD Stähr vergaß dabei nicht nur Klaus Leprich vor der Veröffentlichung darüber zu informieren, sondern stellte auch lediglich die Meinung des BMF dar, ohne die vorherige kritische und konstruktive Bewertung des BDZ mit zu veröffentlichen. Dieser Akt zeugt von Taktlosigkeit und Selbstherrlichkeit und von einem falschen Verständnis zur Rolle und Aufgabe einer Gewerkschaft in einer Demokratie.



Es gab schon angenehmere Besprechungen: Klaus H. Leprich (l.) im Gespräch mit Zollabteilungsleiter im BMF, MD Stähr



Der BDZ-Bundesvorstand mit dem Präsidenten des Zollkriminalamtes, Herrn Mathias (v. r.)

Die Aussagekraft der Mitgliederbefragung in Frage zu stellen und dem BDZ damit zu unterstellen, er bewerte anfängliche Verunsicherungen und Skepsis bei den Beschäftigten über, ohne konkrete Probleme anzusprechen, war eine Aussage, die schmerzte, da sie einfach nicht stimmte und den BDZ als einen oberflächlichen Stimmungsmacher darstellte.

Wir hatten den Eindruck, dass es MD Stähr bequemer war, unsere Methode und die Repräsentativität der Mitgliederbefragung in Frage zu stellen, als sich ernsthaft mit den Ergebnissen und Aussagen befassen zu müssen. Analog dazu hat das BMF es bis heute auch nicht für nötig gehalten, auf die Stellungnahmen des BDZ, z.B. zu den Entwürfen der Bundeslaufbahnverordnung, der ARZV und der BRZV, zu antworten. Totschweigen scheint man im BMF, ganz nach dem Prinzip der drei Affen - nichts sehen, nichts hören und nichts sagen - einer dringend notwendigen Problemlösung vorzuziehen. Die Bereisung von drei Dienststellen durch Staatssekretär Gatzer und die daraus resultierende Feststellung, dass sich dabei drei Grundprobleme herauskristallisierten, die Arbeitsfähigkeit in den Sachgebieten C, die Ein-

führung der Standards und die Probleme mit der KLR und der KLP zeugt im Ergebnis nicht davon, dass man bereit ist irgend etwas zu korrigieren, sondern es ist nur ein Feigenblatt, um zu demonstrieren, dass die Erfahrungen vor Ort Beachtung finden würden.

Auf den Vorschlag Leprich´s doch selbst eine Beschäftigtenbefragung zu machen, antwortete MD Stähr, dass dieses 2010 nicht erfolgen könne, da noch vieles unklar wäre.

Für uns war diese Unklarheit der Anlass für die Mitgliederbefragung, für Herrn Stähr ist es der Grund keine durchzuführen!

Im Verlauf des Gespräches verdichtete sich der Eindruck, das BMF wolle keine Kritik an ihrer Strukturreform, selbst wenn sie konstruktiv und vom Willen getragen ist, Fehlentwicklungen zu vermeiden.

Die über viele Jahre zwischen BDZ und BMF praktizierte vertrauensvolle Zusammenarbeit ist derzeit nicht mehr existent. Sie ging weiter als das Gesetz es vorsah und half im Ergebnis dem BMF und den Beschäftigten in der gesamten Bundesfinanzverwaltung.

MD Stähr betonte jedoch nach wie vor an einer guten Zusammenarbeit mit dem BDZ interessiert zu sein – allein der Glaube an diese Worte fehlte uns - auch in Anbetracht an seine vorherigen und folgenden Ausführungen.

Ein weiteres Thema war die Personalausstattung in der Zollverwaltung. Nach Ansicht von MD Stähr sei diese ausreichend, die Beschäftigten müssten nur optimaler eingesetzt werden und dazu diene auch die Strukturreform in der Zollverwaltung. Da sind wir aber anderer Meinung! Die Zollverwaltung, die in den nächsten zehn Jahren 20 % ihrer Beschäftigten altersbedingt verliert, kann dieses Defizit nicht durch Umorganisation und Modernisierung ausgleichen, ohne Abstriche an der Aufgabenerfüllung zu machen. Es muss zusätzlich eingestellt und ausgebildet werden, um auch die Altersstruktur wieder den dienstlichen Anforderungen anzupassen.

Einvernehmen bestand jedoch darin, dass die derzeitigen Personaldefizite nur unter Beachtung der einmal vereinbarten Sozialverträglichkeit ausgeglichen werden. MD Stähr sig-

nalisierte Gesprächsbereitschaft, um gemeinsam zu beraten, wie die Probleme ausgeräumt werden können. Es wurde aber auch eindeutig festgestellt, dass es Sozialverträglichkeit nicht mehr zum Nulltarif geben wird.

Am 14.10.2009 besuchte der Bundesvorstand das ZKA in Köln. Der Präsident des ZKA, Herr Mathias, erläuterte hierbei sehr anschaulich den Stand der Evaluierung der Zollfahndung und belegte eindrucksvoll, welchen wichtigen Bestandteil die Zollfahndung in der Bundeszollverwaltung darstellt. Interessant war auch die Kurzfassung der Einschätzung der Zollfahndung durch andere Behörden. Demnach sind unsere Zollfahnder hoch motiviert und qualifiziert, technisch gut ausgestattet, jedoch schlecht bezahlt und in der Verwaltung sehr bürokratisch. An diesem Eindruck sollte man noch etwas ändern, aber in die richtige Richtung! Die uns sehr anschaulich an Hand



Der Bundesvorstand beim Zollkriminalamt

von Praxisbeispielen dargestellte Arbeit der Zollfahnder führte bei uns zu der Schlussfolgerung, dass die Einführung von Standards und die Anwendung der KLP in diesem Arbeitsbereich nicht sinnvoll sind, da sie zu einer zusätzlichen Bürokratisierung führen würden.

Andreas Schwenke

Die Strukturentwicklung Zoll aus der Sicht der Personalvertretungen bei der BFD Mitte

Das Projekt Strukturentwicklung Zoll ist nach der Billigung seiner beiden Hauptdokumente, dem Grobkonzept und dem darauf folgenden sogenannten Feinkonzept, mit der Bekanntgabe des Errichtungserlasses zur Einrichtung der Bundesfinanzdirektionen (BFD) zum 19.12.2007 in die konkrete praktische Umsetzungsphase gegangen.

Mit der Einrichtung der Aufbaustäbe zum 01.01.2008 bei den BFDen Nord, Mitte, West, Südwest und Südost konnten die erforderlichen Arbeiten zur Umsetzung der Strukturreform bei der jeweiligen BFD aufgenommen werden.

- Mit dem Erlass vom 2. Mai 2008 über organisatorische und personalwirtschaftliche Maßnahmen zur Umsetzung der Ergebnisse des PSZ waren die Grundlagen für die Auf- und Umbaustäbe geschaffen, gemeinsam mit den Personalvertretungen, entsprechend der darin enthaltenen Vorgaben und im Rahmen der jeweiligen Zuständigkeiten, die Interessen der Beschäftigten zu vertreten.

Ein erster Meilenstein wurde mit der Personalrätekonferenz am 22. Juli 2008, zu der der HPR-Vorsitzende Dieter Dewes in Abstimmung mit der Abteilung III im BMF eingeladen hatte, gesetzt. Zur Vorbereitung der Konferenz hatten alle Personalräte die Möglichkeit Fragen und Problemstellungen, die sich aus der täglichen Arbeit bei der Umsetzung des PSZ ergeben hatten oder absehbar waren, an den HPR schriftlich heran zu tragen. Diese wurden den zuständigen Fachreferaten zugeleitet, um zu sichern, dass eine bestmögliche Beantwortung auf der Konferenz durch das BMF erfolgen konnte.

Die Personalvertretungen hatten zahlreich davon Gebrauch gemacht, ihre Probleme aber auch Wünsche im Zusammenhang mit der Umsetzung des PSZ schriftlich vorzutragen.

Dewes nahm zu Beginn der Konferenz zu den aufgeworfenen Fragen auf der Grundlage des o. g. Erlasses vom 2. Mai 2008 Stellung. Dabei wurden vorrangig die nachfolgenden Fragen angesprochen und teilweise mit den Vertretern des BMF ergänzend diskutiert.

Die Schwerpunkte waren:

Das „Einfrieren“ von Dienstposten der Besoldungsgruppen A 12 und A 13g wegen der vorhandenen Differenz zwischen Dienstposten und tatsächlich zur Verfügung stehenden Planstellen.

Die Neigungsabfrage bei den früheren ZuVAen und der korrekte Umgang damit. Für wen ist diese Neigungsabfrage bestimmt und welche Beschäftigten sind nicht einzubeziehen?

Bundesweite Stellenausschreibung und der vorgesehene Zeitplan. Nach dem Abschluss der Setzung sollte in den Besoldungsgruppen A 12 und A 13g diese noch bis August 2008 durchgeführt werden. Nach dem Abschluss der Beurteilung der Besoldungsgruppe A 8 sollte die Stellenausschreibung für den mittleren Dienst durch gesonderten Erlass, allerdings erst im Oktober/November 2008 erfolgen. Dies sei erforderlich, um den Bewerberinnen und Bewerbern der Besoldungsgruppe A 8 eine realistische Einschätzung ihrer Chancen auf einen höherwertigen Dienstposten zu geben.

Der gehobene Dienst des gebündelten Bereichs A 9g - A 11 werde zu gegebener Zeit, ebenfalls durch gesonderten Erlass, ausgeschrieben.

Wichtig erschien allen Beteiligten die klare Aussage, dass für die Auswahlentscheidungen der Stellenausschreibungserlass für den mittleren Dienst bzw. die ARZV für den gehobenen Dienst zur Anwendung kommt.

Die Führungsklausuren und die Teilnahme der Personalvertretungen nahmen einen wichtigen Raum bei den Aussprachen ein. Im Ergebnis wurden die von UAL Sturges gemachten Ausführungen mit einiger Skepsis zur Kenntnis genommen - wirklich überzeugt hatten diese sehr optimistischen Ausführungen wohl die Wenigsten der anwesenden Personalvertreter.

Die personalvertretungsrechtliche Zuständigkeit für die bevorstehenden Maßnahmen wie die Setzung, die Ausschreibungen und die Auswahl sowie die Umsetzung erfolgen nach den bisherigen Regelungen (Beteiligungsverfahren in der Stufe nach § 82 BPersVG).

Sicher konnten in der Veranstaltung nicht alle Fragen erschöpfend und schon gar nicht zur letzten Zufriedenheit des einzelnen Personalvertreters beantwortet werden. Aber eine gewisse Ruhe gepaart mit einem Schuss Optimismus hatte sich breit gemacht und unter diesem Blickwinkel konnte man die Konferenz auch als einen Erfolg betrachten.

Wie häufig im Leben, kommt es oft anders als man es sich erhofft oder gar gewünscht hätte.

Mehr als ein Jahr ist seit dieser Zeit vergangen und wir setzen das PSZ stepp by stepp um. Dabei stießen und stoßen wir vor Ort in der tagtäglichen Arbeit immer wieder auf einzelne Probleme die aufzeigen, dass der theoretische Ansatz des PSZ Schwächen in sich trägt, die der erfolgreichen Umsetzung hinderlich sind und teilweise sogar direkt im Wege stehen.

Die zahlreichen Stellungnahmen der örtlichen Personalräte, die, soweit erforderlich mit Erfahrungen des BPR ergänzt, an den HPR geleitet wurden, zeigen deutlich, dass die organisatorische und fachliche Neuausrichtung der Zollverwaltung, wie sie durch das PSZ vorgesehen ist, letztlich durch die Beschäftigten vor Ort bewältigt werden können muss.

Forderungen nach Klärung der organisatorischen und letztlich personalwirtschaftlichen Zuständigkeiten sowie der Personalausstattung in den arbeitsintensiven Sachgebieten der HZÄ aber auch im Bereich der Rechts- und Fachaufsicht in den BFDen erreichten das Projektbüro, welches der Ansprechpartner für die Auf- und Umbaustäbe bei den BFDen und HZÄ in dieser Zeit war. Leider muss aus heutiger Sicht festgestellt werden, dass nur wenig von diesen Forderungen und Informationen erkennbar in die Projektumsetzung eingeflossen ist. Eher das Gegenteil ist in der Wahrnehmung der Beschäftigten festzustellen, wie nicht zuletzt die Mitgliederbefragung des BDZ verdeutlicht hat.

Warum habe ich so weit ausgeholt?

In unserer schnelllebigen Zeit verwischen sehr häufig die einzelnen Schritte derart stark, dass der eigentliche Zusammenhang bei der Würdigung eines bestimmten Prozesses verloren geht. Genau das erscheint mir derzeit der Fall, wenn ich aktuell die Probleme bei der Umsetzung des PSZ betrachte. Es werden regelmäßig Korrekturen vorgenommen oder wie es im modernen Deutsch bezeichnet wird, es müsse an bestimmten Stellschrauben etwas nachjustiert werden. Nein, das ist es nicht, denn es muss Einiges grundsätzlich hinterfragt werden. Was das Tagesgeschäft heute bestimmt, ist ein Versuch, die Symptome in ihren Wirkungen zu mildern, aber nicht nach den Ursachen zu fragen. So die Auffassung zahlreicher Fachleute, die in den unterschiedlichsten Arbeitsgruppen versuchen, die notwendigen Lösungen zu finden.

Ein Zauberwort erscheint mir dabei überragend, nämlich die Schaffung der Standards. Damit, so schien es zu Beginn der Umsetzung des PSZ, werden wir die Zollverwaltung schnell grundlegend umgestalten. Deshalb ein Höchstmaß an so genannter Man-power einsetzen, um schnellstmöglich zur prozessorientierten Arbeiterledigung zu finden. Leider muss heute festgestellt werden, dass selbst größte Optimisten hinter vorgehaltener Hand Zweifel äußern an der Art und Weise der Umsetzung des PSZ. Ich betone ausdrücklich, Zweifel an der **Art und Weise** der Umsetzung, nicht an der grundsätzlichen Umsetzung der Idee, die Arbeitsabläufe in der Zollverwaltung prozessorientiert zu organisieren.

Dazu gehören auch die Standards, aber sie werden dem Zöllner nicht seinen ureigensten Gesetzesauftrag erledigen, sie sind - und werden es immer bleiben - ein Hilfsmittel, um unter den international völlig veränderten Bedingungen unseren Gesetzesauftrag so qualifiziert wie möglich zu erfüllen.

So ist es anerkennenswert, wenn Staatssekretär Werner Gatzer sich durch spontan organisierte Gesprächsrunden mit Beschäftigten u. a. am HZA Potsdam einen Überblick an der Basis verschaffen will. Es ist nach meinem Eindruck aber nicht gelungen, die berechnete und substantielle Kritik der Beschäftigten so zu bewerten, dass tatsächlich grundsätzliche Schlussfolgerungen zu erwarten sind.

Woran messe ich diese Einschätzung?

In einem Schreiben an den BDZ Bundesvorsitzenden, Kollegen Klaus H. Leprich, reduziert er nach der Dienststellenbereisung und der Auswertung der Erkenntnisse mit der Leitung der Abteilung III im BMF, den Herren Stähr und Sturies, seine Wahrnehmungen auf 3 Eckpunkte:

- die Neustrukturierung des Sachgebietes C,
- die Erarbeitung und Einführung von Standards und
- der Nutzen der Kosten- und Leistungsrechnung.

Dieser Einschätzung wäre auch nichts hinzuzufügen, wenn da nicht die inhaltliche Bewertung folgen würde. Aus zahlreichen Gesprächen mit Beschäftigten vor Ort erschließt sich mir nicht der Sinn einer Zusammenlegung von Arbeitseinheiten mit ganz unterschiedlichen Aufgabenstellungen und Rechtsgrundlagen für das unmittelbare Handeln. Danach ist es eben nicht so, dass die Kontrolleinheiten der Zollverwaltung ganz überwiegend nach einheitlichen Abläufen tätig werden und deshalb es sinnvoll ist, dass diese Einheiten (Vollzug) in einem Sachgebiet gebündelt werden. Selbst die eigenständige Betrachtung des Vollzugs an sich lässt eine solche Schlussfolgerung nicht wirklich zu. Die Vorbereitung einer Kontrolle im Bereich Kontrolleinheit Verkehr (KEV) und daneben der Bereich Kontrolleinheit Prävention (KEP) laufen nach völlig unterschiedlichen, nämlich an der Kontrollzielstellung ausgerichteten Überlegungen ab.

Mit besonderer Skepsis sind die Sachgebiete C zu sehen, die die Beschäftigten eines bisherigen Flughafenzollamtes (ohne Warenabfertigung) aufnehmen und integrieren müssen. Hier haben wir eine dritte Säule des Vollzugs im zukünftigen Standard zu berücksichtigen, wenn wir zu dem Ergebnis kommen, wie es StS Gatzer in seinem o. g. Schreiben herausstellt, dass jeder grundsätzlich das weiter macht was er bisher auch getan hat. Dann stellt sich die Frage nach dem Sinn der Neuorganisation erst recht.

Allein der Verweis auf den flexiblen Einsatz aller möglichen Kontrollkräfte des Sachgebietes C bei Großeinsätzen kann nicht überzeugen.



Diese kritischen Anmerkungen müssen an dieser Stelle erfolgen, weil es offensichtlich keine erkennbare konstruktiv kritische Äußerung außerhalb der Personalvertretungen und der Gewerkschaft BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft zu geben scheint.

Dies gilt gleichermaßen für die Abspaltung des Vollzugsbereiches aus den bisherigen Flughafen Zollämtern, die derzeit nur deshalb funktionieren, weil die dortigen Beschäftigten auf allen Ebenen wissen was sie zu tun haben, damit, wie man es landläufig nennt, der Laden weiter läuft. So und nicht anders wird die Situation vor Ort derzeit eingeschätzt. Fragen nach der Rechtssicherheit wie im Falle des Einsatzes des Diensthundes aus der bisherigen Vorfeldkontrolle im Warenverkehr, angewiesen durch die bisherige Vorsteherin des Zollamtes, die nunmehr zur Leiterin Verkehrswege und damit Teil des Sachgebietes C des HZA und somit nicht mehr weisungsbefugt für die Kontrolle des Warenverkehrs ist, drängen sich auf. Hier ist jetzt der Sachgebietsleiter B zuständig, dem die Zollämter bzgl. der Fachaufsicht unterstellt sind. Hier bedarf es einer Abstimmung zwischen den SG-Leitern B und C, die aber besonders außerhalb der allgemeinen Dienstzeit und am Wochenende nicht anwesend sind. Also erfolgt die Abstimmung zwischen denen die es schon immer in einer Schicht erledigt haben. Nun nur mit dem Unterschied, dass keine Führungsverantwortung in diesen Fällen geregelt ist. Großeinsätze, Herr Gatzer und Herr Stähr, soviel steht fest, wurden schon immer auf der Grundlage von Einsatzplanungen vorbereitet und sehr detailliert abgestimmt, häufig auch im Benehmen mit anderen beteiligten Behörden, dazu hätte es keiner Zerschlagung der Führungsstrukturen bei den HZÄ in den oben angeführten Bereichen bedurft.

Nicht minder dramatisch wird die Situation innerhalb der Sachgebiete Ahndung (F). Hier herrscht ein derart katastrophaler Personalmangel, dass die Beschäftigten in den genannten Bereichen heillos überfordert sind und nicht selten Beschwerden der zuständigen Staatsanwaltschaften die Beschäftigten in höchste Verunsicherungen treibt. Die Folgen sind nicht selten ein deutlich überdurchschnittlicher Krankenstand. Die durch die Stütz Zoll vorgegebene Personaldecke basiert auf dem Arbeitsvolumen des Jahres 2006 bei einem seitdem zu verzeichnenden Anstieg der Fallzahlen bis zur Verdopplung, ohne dass durch Personalzuführung gegengesteuert worden wäre. Mit dem Setzen von Prioritäten in den Führungsklausuren wird der vorhandene Personalmangel nicht behoben. Es werden lediglich die Bereiche in ihrer gefühlten Wertigkeit gegeneinander aufgebracht. Einige Bereiche werden bei Ausschreibungen trotz guter Bewertungen einfach nicht von den Beschäftigten angenommen.

Ein ganz besonderes Problem zeigt sich im Haus der BFD selbst.

Hier ist es gelungen, durch die geplante, aber in der Praxis eben nur teilweise erfolgte Abschichtung aller operativen Aufgaben auf die HZÄ und der damit einhergehenden massiven Personalkürzung, insbesondere im Bereich Rechts- und Fachaufsicht (RF), eine Arbeitsbelastung zu schaffen, die alles Dagewesene in den Schatten stellt.

Der Hauptmangel lässt sich nach allgemein anerkannter Auffassung leicht benennen.

Es wurde ein Feinkonzept beschlossen, welches von Anbeginn eher kritisch als bestenfalls verfeinertes Grobkonzept bezeichnet werden durfte. Wie recht der BDZ mit seiner Einschätzung hatte, zeigen die aktuellen Probleme.

Es muss doch erlaubt sein die Frage zu stellen, welchen Wert die Kosten- und Leistungsplanung, die Führungsklausuren und die Abstimmungsgespräche haben, wenn grundlegende Fakten offenbar ignoriert werden oder so lange in Perwoll gewaschen werden, dass selbst ein „Rot“ oder auch bestenfalls „Gelb“ in der Verwaltung alles in strahlendem „Grün“ erscheinen lässt!

Kritische Fragen sind nicht gewollt und die dringende Forderung des BDZ und des HPR nach einem Erlass, der verbindlich die Aufgabenzuweisung und die Abgrenzung der Kompetenzen zwischen dem BMF, den BFDen und den HZÄ regelt, wird schlichtweg ignoriert. Das Feinkonzept wird - wenn notwendig – einfach mal neu interpretiert...

Über die Notwendigkeit, so erscheint es dem einzelnen Beschäftigten zunehmend klarer, befindet man aber nicht nach sachlich kritischer Auswertung der Ergebnisse z. B. der Mitgliederbefragung des BDZ, nein, darüber befindet nach wie vor allein der ehemalige Leiter des Projektes Strukturentwicklung Zoll – und das, obwohl es längst kein „Projekt“ mehr gibt und wir uns wieder in normalen Abläufen bewegen sollten.

Das gilt selbstverständlich bei unserer 3-stufigen Verwaltung auch für die regelmäßige Beteiligung der zuständigen Personalvertretung.

In diesem Sinne werden wir als BPR und PR der BFD Mitte gemeinsam mit den öPRen bei den HZÄ alles tun, um die Interessen unserer Beschäftigten zu wahren.

*Ihr Wolfgang Fischer,
Vorsitzender des Bezirkspersonalrates bei der BFD Mitte*

Wir begrüßen neue Mitglieder

<i>Frank Schrüter</i>	<i>OV Berlin</i>
<i>Katja Michel</i>	<i>OV Berlin</i>
<i>Michael Schmiedel</i>	<i>OV Berlin</i>
<i>Jaenette Schmiedel</i>	<i>OV Berlin</i>
<i>Toni Müller</i>	<i>OV Barum</i>
<i>Marco Makowski</i>	<i>OV Grellstraße</i>
<i>Maik Siekmann</i>	<i>OV Berlin (BGSt)</i>
<i>Roland Gehrke</i>	<i>OV Barum</i>
<i>Sven Volkening-Faßhauer</i>	<i>OV Berlin</i>
<i>Maik Thomack</i>	<i>OV Potsdam</i>
<i>Simone Jonas</i>	<i>OV Berlin</i>
<i>Christian Brabänder</i>	<i>OV Zollfahndung</i>
<i>Jakob Ehlers</i>	<i>OV Berlin</i>
<i>Uta Hecker</i>	<i>OV Cottbus</i>
<i>Horst Kuttner</i>	<i>OV Grellstraße</i>
<i>Reiner Menzel</i>	<i>OV Potsdam</i>

Bezirkstag des (Nachbar-)Bezirksverbandes Hannover

Vom 24. bis 26. November 2009 führte der Bezirksverband Hannover seinen Bezirkstag in Halberstadt (Sachsen-Anhalt) durch. In Anwesenheit des Vorsitzenden des Bezirksverbandes Nord, Christian Beisch, des BV Westfalen, Willfried Weissköppel, des BV Hessen, Gerd Liebegott, des BV Berlin-Brandenburg, Andreas Schwenke und des Stellvertretenden Bundesvorsitzenden, Ronald Hilgert legte der Bezirksverband sehr eindrucksvoll Rechenschaft über die Gewerkschaftsarbeit der letzten vier Jahre ab und fasste Beschlüsse für die nächste Legislaturperiode sowie für den BDZ-Gewerkschaftstag 2010 in Magdeburg.

Ein gesundes Verhältnis von Stolz auf das Erreichte aber auch Kritik an gemachten Fehlern kennzeichnete den Bezirkstag.

Die mit großer Mehrheit erfolgte Wiederwahl der Vorsitzenden des Bezirksverbandes, Kollegin Bärbel Rehmert, zeugte davon, dass sie in der Vergangenheit die richtigen Entscheidungen bei der Führung des Bezirksverbandes getroffen hat und dass man ihr und ihrem Vorstand das auch für die nächsten vier Jahre zutraut.



*Bärbel Rehmert -
wiedergewählte BV-
Vorsitzende*

*Liebe Bärbel,
wir gratulieren dir und deinem Vorstand im Namen des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg recht herzlich zur Wiederwahl und verbinden damit die Hoffnung auf eine Fortführung der bisherigen vertrauensvollen und herzlichen Zusammenarbeit!*

Der BDZ-Bundesvorsitzende, Kollege Klaus Leprich, der sich am letzten Tag des Bezirkstages natürlich nicht die Gelegenheit für eine Einschätzung der Gewerkschaftsarbeit und der Situation in der Bundeszollverwaltung nehmen ließ, wertete z.B. die Abwesenheit der Verwaltung (es war nur der Vorsteher des HZA Magdeburg anwesend) als eine Missachtung des Engagements der ehrenamtlichen Arbeit der

Gewerkschaftler im Bezirk, was aber auch der gegenwärtigen Gesamtsituation in der Bundeszollverwaltung entspricht. Mit seiner Analyse zum Stand der Strukturreform zeigte er sehr eindeutig, wie notwendig eine kritische Gewerkschaft als Gegengewicht zum derzeitigen Verwaltungshandeln ist und gab damit dem neuen Hauptvorstand und den anwesenden Gewerkschaftern die notwendige Motivation für ihre verantwortungsvolle Arbeit mit auf den Weg.



BDZ-Bundesvorsitzender Klaus H. Leprich während seiner kritischen Einschätzung zur Lage der Zollverwaltung

Andreas Schwenke

Personalversammlung

29. Oktober 2009 in Cottbus

Mit bemerkenswerter Beteiligung von ca. 300 Beschäftigten der Direktion Potsdam hat am 29. Oktober 2009 die diesjährige Personalversammlung statt gefunden. Die Rückmeldungen der Kolleginnen und Kollegen zeigten, dass die Versammlung eine umfassende und interessante Veranstaltung war.



Als Gäste wurden Herr Kühnau vom Vorstand und Frau Buchholz als Leiterin der Zentrale Organisation und Personal begrüßt und teilweise auch intensiv in die Diskussion mit den Beschäftigten einbezogen.



v.l. Kollegin Ortel,
Kollege Kurth (bei-
de ÖPR Potsdam),
Frau Choschzick
(PDOP), Herr Küh-
nau (VM1),
Frau Buchholz
(ZEOP)

Die Diskussion um das Thema der Personalversammlung – Entwicklung der Direktion Potsdam in ihrer Struktur und in ihren Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten – hatte für die meisten der anwesenden Kolleginnen und Kollegen einen hohen Informations- und Wiederfindungswert. Es wurde ein nicht alltäglicher Einblick über die Sparten hinweg gegeben. Probleme wurden dem Vorstand, Herrn Kühnau, gegenüber klar angesprochen und Lösungsansätze wurden diskutiert.

Der Tätigkeitsbericht und eine Zusammenfassung zum Ablauf der Personalversammlung mit der erforderlichen Statistik sind auf den Seiten des ÖPR der Direktion Potsdam im Intranet eingestellt.

Wir gratulieren herzlich!



Zum 70. Geburtstag

**Rüdiger Zahn
Norbert Kunz**

**23.10.
29.11.**

Zum 75. Geburtstag

**Rudolf Dietrich
Horst Ludwig
Franz Langanke**

**27.10.
06.12.
12.12.**

Zum 80. Geburtstag

**Erwin Böttcher
Günter Hoffmann**

**07.12.
20.12.**

Zum 85. Geburtstag

**Ilse Bollmann
Wolfgang Koch**

**22.10.
10.12.**

Zum 93. Geburtstag

Gerhard Sporn

25.10.

Zum 95. Geburtstag

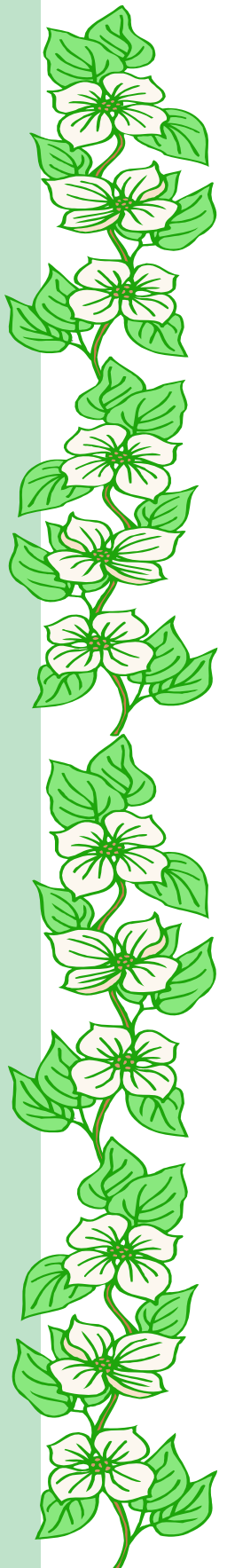
**Rudolf Götze
Heinz Buck**

**13.11.
05.12.**

Zum 96. Geburtstag

Kurt Blaschke

16.12.



Wir gratulieren herzlich!

5 Jahre Baustelle!

Der Columbiablock am Platz der Luftbrücke ist Teil des von Ernst Sagebiel geplanten und gebauten Flughafens Tempelhof. Das alte Zollfahndungsamt Berlin war am Columbiadam 7, dem Bauteil XI, seit 1965 Sitz von etwa siebzig Beamtinnen und Beamten. Als Teil des Ensembles Flughafen Tempelhof waren die Gebäude auf der nördlichen Seite des Columbiadamms, also die, in denen sich die Büros des Zollfahndungsamtes und des Hauptzollamtes befinden, als Bürogebäude für Fluggesellschaften gedacht.

Die Gebäude wurden in der Zeit von 1935 bis 1939 im Auftrag des damaligen Reichsluftfahrtministeriums errichtet. Der Columbiablock ist bei Draufsicht der fertige rechte Flügel eines durch die Bauwerke aus der Luft zu erkennenden „Reichsadlers“. Der linke Flügel sollte am Tempelhofer Damm, etwa dort wo jetzt das Landeskriminalamt seinen Sitz hat, entstehen. Die gesamte Bebauung ist auf das Denkmal am Kreuzberg ausgerichtet. Dorthin sollte einmal eine Allee führen. Die Gebäude sind untereinander durch Kellergänge verbunden. Neben vielen architektonischen Glanzpunkten fällt auf, dass an den Gebäuden keine Regenabläufe zu finden sind. Diese Fallrohre wurden im



Inneren verlegt um den äußeren Eindruck nicht zu stören.

Weitere Einzelheiten zu schildern würde jetzt wohl zu weit führen. Kurz gesagt hat der Architekt hier, und vor allem beim Flughafen, bahnbrechende und für seine Zeit zukunftsweisende Details eingebaut, was immerhin auch dazu führte, dass dieses Ensemble oder dieser Monumentalbau ein eingetragenes Baudenkmal ist.

Das ist jedoch auch mit Grund für die jetzigen Schwierigkeiten, die mit diesem Bauteil, der Situation des Zollfahndungsamtes und des Hauptzollamtes zusammen hängen.

Wir, also das ZFA, zogen 2004 etagenweise aus unserem Haus, dem Bauteil XI, aus und belegten die freien Zimmer des HZA im Bereich Mehringdamm 129d. Diese Büroräume waren schon bei unserem Einzug ebenfalls renovierungsbedürftig. In unserem alten Trakt sollte eine inzwischen notwendig gewordene „Strangsanierung“ durchgeführt werden. Ebenso sollte bei dieser Grundsanierung auch ein Sicherheitskonzept für das Zollfahndungsamt umgesetzt werden. Der Auszug der Zollfahndung war am **12.11.2004** beendet. Angepeilt waren sechs Monate Bauarbeiten für alles!

Und nun begann das, was man volkstümlich als das Übel bezeichnen könnte. Nach mehreren Besprechungen trafen sich die Beteiligten am **9. Mai 2005** um die Information zu verbreiten: Die Bauarbeiten verzögern sich. Fertigstellungstermin: **31. Oktober 2005**. An



Wolfgang Fischer (BPR), Diana Pischke (öPR HZA) und Sigmund Glanz (Leiter ZFA; v. l.) folgten der Einladung des Personalrates des ZFA Berlin-Brandenburg



*Gäste
im
proviso-
rischen
Kanti-
nenzelt*

der Verzögerung war unter anderem die Insolvenz einer Metallbaufirma schuld, auch eine verspätete Zuschlagserteilung für die Malerarbeiten aufgrund einer Vergabebeschwerde trug dazu bei. Am **19. Juli 2005** wurde der dritte Nachtrag zur Haushaltsunterlage Bau vorgelegt. Wieder folgten einige „Nutzerbesprechungen“ und die Projektleitung (BBR) legte fest – wir schreiben inzwischen den **18. Mai 2006** - die Bauteile VI und XI mit allen erforderlichen Arbeiten im Rahmen der Grundsanie rung fertig zu stellen. Damit sollte ab **22. Mai 2006** begonnen werden, allerdings ohne das Sicherheitskonzept für das Zollfahndungsamt zu berücksichtigen, da die Zuarbeit durch das Zollkriminalamt nicht erfolgt war. Schon am **28. Juni 2006** wurde dann ein gesonderter Workshop in der Projektleitung des BBR zum Abschluss der Entwurfsphase abgehalten. Nach unserem Auszug sind noch keine zwei Jahre vergangen und schon wird die Entwurfsphase abgeschlossen. Kaum zu fassen, dass dann am **20. Juli 2006** die Einverständniserklärung des ZKA zum Sicherheitskonzept des ZFA vorliegt und schon am **21. September 2006** der Ablaufplan für die Baumaßnahme übergeben wird.

Wer denkt, jetzt geht das aber ordentlich los, der irrt! Nein, im **April 2007** – ich verzichte jetzt für den Leser, wenn er überhaupt noch beim Thema ist, auf genaue Tagesdaten – wurde wieder über die Grundinstandsetzung und das Sicherheitskonzept gesprochen.

So läuft das nun weiter und weiter. Dann kann man darüber auch nicht mehr lachen, weil inzwischen nun schon drei Jahre ins Land gegangen sind. Immer wieder ist das Sicherheitskonzept das Thema. Ende **November 2007** wird mal wieder über die Sicherheitsanforderungen geredet. Im **Juni**

2008 gibt es einen Projektänderungsantrag für das Sicherheitskonzept.

Ja, seit drei Jahren ist hier Stillstand! Und die Kolleginnen und Kollegen des ZFA Berlin-Brandenburg haben mittlerweile auch den Kanal voll bis oben.

Nun, zum fünften Jubiläum des Auszugs, hatten einige Kollegen die Idee, eine kleine Feier zu veranstalten. Der örtliche Personalrat hat schon in den vergangenen Jahren immer wieder dieses Thema aufgegriffen. Da wir aber hier mehr oder weniger nur Zuschauer waren, konnten wir auch nichts weiter machen. Außer immer wieder mal in der Personalversammlung dieses Thema anzusprechen. Gebracht hat das gar nichts. Und die Kolleginnen und Kollegen vom HZA Berlin leiden auch darunter, weil sie auch in „wunderbaren“ Büros sitzen. Löcher in den Wänden, aber immerhin einen kleinen Radiator vor das Loch geschoben, so dass der optische Eindruck etwas besser ist.

Jedenfalls war die Idee zu dieser Feier grandios. Wir vom Personalrat haben die Beteiligten eingeladen. Zugegeben, die Einladung war vielleicht ein bisschen provokant. Am meisten störte jedoch alle Eingeladenen die Anmerkung, wir würden die örtliche Presse zum fröhlichen Gedankenaustausch einladen. Da bekamen plötzlich Alle Düse! Am schärfsten war dann noch die Formulierung eines Referatsleiters des BBR, der von „instrumentalisieren“ der Presse redete!

Egal, so kommen wir auch nicht weiter. Der Kollege Fischer vom BPR der BFD Mitte hatte schon einen „Brandbrief“ an den Hauptpersonalrat geschrieben in dem es um die katastrophale Unterbringung der Kolleginnen und Kollegen beim HZA Berlin ging. Daher wurde auch er, so wie der örtliche Personalrat des HZA Berlin, eingeladen.

Der Präsident des ZKA sagte seinen Besuch ab und einen Reiseauftrag für den ehemaligen

Sachbearbeiter des ZKA und einen ehemals bei einer Personalversammlung anwesenden Referatsleiter wollte er auch nicht unterschreiben. Ich glaube auch nicht, dass sie hier erschienen wären. So haben wir also im Kreis der Kollegen am 22.10.2009 ein angenehmes Zusammentreffen der Betroffenen im recht kühlen Kantinenzelt auf dem Innenhof



Provisorische Kantine für HZA Berlin und ZFA Berlin-Brandenburg

erlebt, denn die Kantine ist geschlossen. Dem Pächter wurde der Laden aus Brandschutzgründen geschlossen und die Wiedereröffnung ist für das Ende des Jahres 2011 geplant. Wäre ja kaum zu glauben, wenn sich diese Terminplanung einhalten lassen würde. Nach unseren Erfahrungen scheint dieser angepeilte Fertigstellungstermin eher unwahrscheinlich.

Von uns aus wollen wir mit der Dienststelle die beteiligten Dienststellen zu einer Zusammenkunft einladen und hoffen, wieder Bewegung in die Situation zu bringen. Die Androhung der Beteiligung der Presse hat ja immerhin schon bewirkt, dass mal wieder über das Schicksal des Zollfahndungsamtes und des Hauptzollamtes geredet wurde.

Selbst wenn ein Treffen der Beteiligten zustande kommt, kann nicht von einer schnellen Lösung des Problems ausgegangen werden. Die sanitären Anlagen im schon renovierten, jedoch nicht bezogenen Bauteil XI könnten vielleicht auch schon wieder einer Erneuerung unterzogen werden müssen, weil sie schon seit Jahren nicht benutzt wurden.

Alternative könnte sein, nun doch über einen Rückzug in das alte Haus des ZFA nachzudenken. Allerdings dann mit dem

Problem, dass die Fenster und die Sicherheitstüren im laufenden Betrieb umgebaut werden müssten. Das hatten wir schon vor drei Jahren und damals hat sich die Leitung der Dienststelle gegen einen Rückzug entschieden. Die Erwartung hinsichtlich der Fertigstellung der Bauarbeiten war vielleicht dann doch zu hoch.

Vielleicht ist das alles, also das große Ganze was wir hier aus unserer Froschperspektive gar nicht beurteilen können, auch eine Kostenfrage. Es sind vielleicht einige Ministerbüros neu einzurichten und dafür wäre das Geld bestimmt auch besser angelegt.

Wie diese Geschichte weitergeht? Fragen wir mal in einigen Jahren nach. Schön war die Idee eines Kollegen, der seine Anmeldung zur Teilnahme an der Veranstaltung mit der Frage garnierte, ob wir bei der Feier zu 10 Jahren Baustelle auch tanzen könnten.

Das machen wir dann auch. Versprochen!



Thomas Graminsky
öPR-Vorsitzender beim
ZFA Berlin-Brandenburg





Renteninformation

Lesen Sie auch die aktuellen Informationen auf [www.bdz-bb.de!](http://www.bdz-bb.de)

Ansprüche sichern

(siehe ZBB Nr.2 und 3/2008 und Info vom 23.September 2008)

Sehr viele Kollegen haben zum ablehnenden Bescheid der Bundesfinanzdirektion Mitte (Bereich RF 16) fristgemäß Widerspruch eingelegt und angekündigt, dass die Begründung nachgereicht wird. Damit sind Sie weiterhin im Verfahren geblieben. Die Arbeitsgruppe Rente und Pension hat als gewerkschaftliche Unterstützung bisher einigen Kollegen geholfen, diese Begründungen nachzureichen, so dass sich der Versorgungsträger mit den Argumenten auseinandersetzen kann. Wir empfehlen den Mitgliedern unserer Gewerkschaft, sich an nachfolgend genannte Vertreter der Arbeitsgruppe Rente und Pension zu wenden, um die Begründung zu ihrem Widerspruch nachzureichen.

1. Potsdam

BFD Mitte, Haus 7

jeden 1. Mittwoch im Monat um 10.00 Uhr

Nach Möglichkeit bitte vorher anmelden bei:

Frau Gerlinde Uhlig	(0331) 870573
Herrn Rudolf Nothe	(0331) 621720
Herrn Rudolf Rittig	(033845) 41094
Herrn Franz Böhm-Wirt	(033741) 80730

2. Frankfurt (Oder)

HZA Frankfurt (Oder)

jeden 2. Mittwoch um 13.00 Uhr

Nach Möglichkeit vorher anmelden bei:

Herrn Joachim Mätzig	(0335) 6801546
Herrn Horst Mattner	(0335) 6802855
Herrn Hans-Joachim Pink	(0335) 526756

3. Berlin

Liegenschaft Grellstr. 18,24
Raum 3.02

jeden 3.Mittwoch um 13.00 Uhr

Nach Möglichkeit vorher anmelden bei:

Beamte	
Frau Gisela Hartwig	(030) 48331375
Herrn Heinz Fietz	(030) 9729496

Zollrentner

Herrn Dieter Feldmann	(030) 99402692
Herrn Uwe Köhler	(030) 2412835

Wir stellen zur Diskussion!

Autor: Bernhard Frick, Personalratsvorsitzender beim HZA Potsdam

(der sich mit diesem Beitrag aus dem aktiven Dienst in unserer Verwaltung verabschiedet)

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Es ist ja in der jüngsten Vergangenheit an den verschiedensten Stellen zum Thema Initiativbewerbungen, Ursachen für deren drastischen Anstieg und Umgang damit viel geredet oder geschrieben worden.

Auf einen Nenner gebracht, darin waren wir uns einig, sind wesentliche Ursachen in den Folgen der EU-Osterweiterung und dem im Zuge der Umsetzung der Strukturreform eigentlich durch nichts zu begründenden langzeitigen Ausbleiben von überregionalen Stellenausschreibungen zu suchen.

Inzwischen hat es sowohl im gehobenen als auch im mittleren Dienst bundes- bzw. BFD-weite Stellenausschreibungen gegeben und wir wollen hoffen, dass die Flut der Initiativbewerbungen dadurch allmählich wieder in normale Bahnen zurückgeht.

Wie man aber dem uns zur Stellungnahme vorgelegten Entwurf einer neuen ARZV entnehmen konnte, tut sich unsere Verwaltung auch weiterhin schwer, den Weg für überregionale, insbesondere für bundesweite Stellenausschreibungen frei zu geben.

In meinem näheren Umfeld wird die Auffassung vertreten, die ich in Ansätzen bereits auf der Mitarbeiterversammlung mit Staatssekretär Gatzner am 01.09.2009 dargelegt hatte, dass unsere Verwaltung endlich dazu übergehen sollte, für alle Laufbahnen eine permanente, regelmäßige



bundesweite Stellenausschreibung via Intranet durchzuführen.

Wir haben doch inzwischen eine IT-Ausstattung die es ermöglicht, dass im Prinzip jeder Beschäftigte Zugriff auf das Intranet hat - darauf baut ja auch das neu vorgestellte „Mitarbeiterportal“ auf. Deshalb ist nach unserer Auffassung auch das Intranet der BFinV der Ort, an dem, entweder nach Laufbahnen oder auch nach Dienst-

stellen gegliedert, eine bundesweit für jeden Beschäftigten zugängliche Seite für Stellenausschreibungen eingerichtet werden sollte.

Wir stellen uns das in etwa so vor: Wenn bei einem Hauptzollamt Dienstposten frei werden, wird dort zunächst unter Mitwirkung der Beteiligungsgremien geklärt, ob und mit welchem Status diese ausgeschrieben werden sollen.

Ist das geklärt, werden diese Dienstposten, mit einer angemessenen Fristsetzung, auf der erwähnten eigens für diesen Zweck einzurichtenden Seite im Intranet ausgeschrieben.

Übrigens meinen wir, dass auch auf diese Seite und nicht in irgendwelche Foren, ganz offiziell eine Möglichkeit aufgenommen werden sollte, wo sich Beschäftigte finden können, die an einem überregionalen Tausch von einer Dienststelle zu einer anderen, auch über BFD-Grenzen hinaus, interessiert sind.

Bewerbungen sind dann, wie bisher, schriftlich auf dem Dienstweg der ausschreibenden Stelle, also in unserem Beispiel dem Hauptzollamt, zu übersenden. Nach Fristablauf für die jeweilige

Ausschreibung werden durch die ausschreibende Stelle,

1. das Löschen der Ausschreibung von der genannten Seite veranlasst,
2. die Auswertung der vorliegenden Bewerbungen vorgenommen,
3. die Mitwirkung der Beteiligungsgremien organisiert und
4. die Dienstposten vergeben.

Es sollte noch einmal konstruktiv darüber nachgedacht werden, in welchen Fällen und mit welcher Zielstellung die Abteilung Rechts- und Fachaufsicht der BFD'en und der jeweilige Bezirkspersonalrat einzubeziehen sind. Diese und andere allgemeine Grundsätze müssen in einer neuen Ausschreibungsrichtlinie klar für alle nachvollziehbar und verbindlich geregelt werden. Wer da heute Angst vor einer Massenbewegung hat, betrachtet das Ganze einfach noch zu sehr aus der momentanen Lage, wo es aus den eingangs bereits genannten Gründen zu einem Stau gekommen ist, der sich erst allmählich abbauen muss. Das aber geschieht doch nicht, wenn weiterhin keine bzw. nur HZA-interne Ausschreibungen erfolgen. Selbst bei der Wirksamkeit BFD-weiter Ausschreibungen kann man geteilter Meinung sein, das kommt sicher auch auf die Größe und Lage der jeweiligen BFD an.

Wenn in unserer Verwaltung künftig Nachwuchskräfte zentral, ohne regionalen Bezug eingestellt werden sollen, dann soll das der Bestenauslese dienen. Es werden aber damit weiter Probleme für die Zukunft geschaffen, indem auch künftig junge Leute nach ihrer Ausbildung ungeachtet ihrer regionalen Herkunft eingesetzt, also kreuz und quer durch die Republik geschickt werden. Dadurch wird sich wohl das Problem der sozial motivierten Initiativbewerbungen nie vollständig lösen lassen. Natürlich sind alle BUNDESbeamte, die sich also für einen bundesweiten Einsatz verpflichtet haben. Man kann doch aber auch bei einem Beamten nicht daran vorbeigehen, was im Grundgesetz verankert ist, dass nämlich überall in unserem Lande das familiäre Zusammengehörigkeitsgefühl, die gegenseitige Unterstützung in den Familien gefördert wird.

Man darf sich dann doch nicht wundern, wenn auch junge Menschen immer wieder in die Region zurück wollen, in der sie ihre Wurzeln haben.

Wenn, worauf auch Staatssekretär Gatzer und Abteilungsleiter Stähr in Potsdam hinwiesen, im Moment insbesondere in den westlichen Regionen Kräfte fehlen, liegen dem vielleicht Fehler der Vergangenheit zugrunde? Wenn sich dort niemand hinbewegen will, dann sollte man im BMF vielleicht mal über besondere Anreize nachdenken, für die der eine oder andere unter Umständen doch bereit wäre, sich neu zu orientieren. Nach der Wende sind doch auch nicht alle mit wehenden Fahnen in den Osten gekommen, auch hier wurden Anreize geschaffen, um die Kräfte hierher zu bewegen!

Es gibt aber auch noch eine andere Sichtweise: Den Hauptzollämtern wurde nach dem Strukturkonzept Verantwortung für die operativen Aufgaben übertragen. Das hat ja Staatssekretär Gatzer bei uns noch einmal als einen wesentlichen Erfolg der Strukturreform hervorgehoben. Mit die ersten Aufgaben, die den Hauptzollämtern übertragen wurden, waren die aus den bisherigen Personalgruppen der ZuVAen. Es gibt bei uns weiterhin die Kosten- und Leistungsrechnung und -planung, und davon soll, wie man hörte, auch nicht abgewichen werden. Legt man hierbei realistische, aktuelle Werte zugrunde, sollte man neben den Kosten und sonstigen Aufwendungen vor allem auch Auskunft darüber erhalten, wie viele Kräfte zur Lösung bestimmter Aufgaben an einem bestimmten Hauptzollamt wirklich erforderlich sind. Ansonsten gäbe das Ganze doch keinen wirklichen Sinn.

Wenn nun ein Hauptzollamt zur Lösung seiner ihm per Gesetz übertragenen Aufgaben im Ergebnis besagter Kosten- und Leistungsrechnung eine bestimmte Anzahl von Kräften benötigt, dann muss man dieses Amt, entsprechend seiner

Ein frohes Weihnachtsfest und ein gesundes neues Jahr 2010

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

aus Anlass des bevorstehenden Weihnachtsfestes und des Jahreswechsels wünsche ich ihnen und Ihren Angehörigen ein besinnliches und friedliches Weihnachtsfest im Kreise Ihrer Familien. Nutzen Sie die Feiertage, um etwas Abstand zu den dienstlichen Problemen zu bekommen, um dann im neuem Jahr etwas entspannter aber mit neuem Elan an die Erfüllung der dienstlichen und gewerkschaftlichen Aufgaben heran zu können.

Im neuen Jahr werden die Probleme nicht weniger, egal ob Sie ihren Dienst bei den Hauptzollämtern oder der Bundesfinanz-direktion, bei der BImA oder den Oberbehörden DADV und BZSt leisten.

Die derzeit schwierigen wirtschaftlichen und globalen Bedingungen setzen auch unsere Verwaltung unter Zugzwang. Sie und wir als Gewerkschaft sind aufgerufen das unsrige zu tun, um Arbeitsbedingungen zu schaffen, die eine effizientere Aufgabenerfüllung aber auch zufriedene Beschäftigte gewährleisten.

Dazu wünsche ich Ihnen und uns viel Gesundheit und ein gutes Gelingen!

Ihr Andreas Schwenke



Fortsetzung von Seite 19

Verantwortung, auch in die Lage versetzen, sich solche Kräfte, soweit sie nicht im eigenen Bereich, z.B. durch Auflösung von kw-Dienstposten verfügbar sind, überregional durch Ausschreibung zu beschaffen - und das nicht erst Jahre später!

Anderes Herangehen führt doch jede Zielvereinbarung ad absurdum, denn für die Erfüllung der jeweils für ein Jahr vereinbarten Ziele werden doch auch Menschen benötigt.

Priorisierung - das neue Zauberwort in unserer Verwaltung - heißt doch vor allem, bestimmten Schwerpunktaufgaben bei der Führung der Prozesse, zeitweilig eine besondere Aufmerksamkeit zu widmen nicht aber, durch das bloße Umsetzen von Kräften, durch Überdimensionierung der priorisierten Bereiche, solche Bereiche ohne Priorität zu entblößen und dadurch die Lösung der übrigen Aufgaben zu gefährden.

So zumindest verstehen wir das, was da heißt: „Steuern durch Ziele“.

Die mit der Strukturreform vollzogene Absichtung der Verantwortung für die operativen Aufgaben auf die Ortsebene, darin eingebettet die der Personalangelegenheiten, hatte doch die Zielstellung, schneller und effizienter auf die Erfordernisse unserer Aufgabenerfüllung reagieren zu können. Diesem Anspruch sollte dann auch das Verfahren der Stellenausschreibung und -vergabe Rechnung tragen.

Ruhestandsgruppe Berlin/Grellstraße

Die Ruhestandsgruppe Berlin/Grellstraße trifft sich auch im Jahre 2010 regelmäßig *mittwochs* (außer Juli/August) - **15.00 Uhr** - hier die nächsten Termine:

20. Januar	16. Juni
17. Februar	15. September
17. März	20. Oktober
21. April	17. November
19. Mai	08. Dezember (Weihnachtsfeier)

Gedenktafel

Wir betrauern den Tod unserer Mitglieder

N a m e	Geb.	Verstorben
Peter Heinrich	22.12.1943	31.10.2008
Manfred Höhne	01.07.1940	30.09.2008
Kurt-Werner Strohe	06.01.1933	09.08.2009
Bernd-Rüdiger Fränzel	22.02.1944	07.10.2009



Herzlichen Glückwunsch zum Hundertsten!



26 Monate hat Wolfgang Wilde an der Umsetzung einer Idee gearbeitet, um am 8. November seinen 100. Marathon in der griechischen Stadt starten zu können, die dem Lauf seinen Namen gab - Marathon. 30 Marathons lief der Zöllner in dieser Zeit nahezu verletzungsfrei, bis er im August – mit dem Fahrrad auf dem Weg zur Arbeit - von

einem Auto angefahren und verletzt wurde. Das hielt ihn aber nicht davon ab, bereits 5 Wochen später wieder beim Berlin- und Brockenmarathon mitzulaufen.

Seine Laufgruppe startete bereits eine Woche davor in New York - doch für ihn kam nur der Start in Marathon mit Zieleinlauf in der Gründerstadt der Olympischen Spiele der Neuzeit, Athen, in Frage.

Statistisch gesehen, war das sein 180. Wettkampf in einer 17-jährigen Laufbahn.

„Auch wenn die Strecke in Athen eher langweilig



gewesen ist, war es für mich ein tolles Gefühl im panathenischen Stadion aus Marmor mit seiner schwarzen

Laufbahn im Ziel von meiner Frau in Empfang genommen worden zu sein. Es war trotzdem mit einer der für mich am schwersten zu laufenden Marathons gewesen, weil ich auf jeden Fall unverletzt ins Stadion einlaufen wollte.“

Nach 4 Stunden und 14 Minuten erreichte er als 1.759er Läufer von 3.853 Teilnehmern das Ziel. In



der „Statistik seiner Leiden“, wie er sie selbst scherzhaft nennt, stehen seit seinem Laufbeginn 1992 beeindruckende Zahlen: An über 1200 Tagen hat er ein auf sich zugeschnittenes Krafttraining realisiert - Voraussetzung um seit 1999 54.016 Kilometer Rad fahren zu können. 23.404 Laufkilometer und seit dem Jahr 2000 451 Kilometer Schwimmen - wegen der ungünstigen Lage der Schwimmstätten seine Schwachstelle - legte er zurück.

Um diesen enormen Wettkampfumfang unverletzt zu überstehen, fährt er nahezu bei jedem Wetter mit dem Rad die 56-60 km zur Dienststelle. Im vergangenen Jahr legte er 11.740 Km zurück und wenn das Wetter weiter so bleibt, können es auch in diesem Jahr wieder 9 Tsd. Km werden, meint er.

„Statistik seiner Leiden“

1x 100 Km Lauf, 5x Ironman über 226 Km,

1x Triathlon über 70,3 Meilen,

8 x Supermarathon über 73 Km

7x Harzquerung 51 Km

5x Untertagemarathon

11x Teilnahme am 100 Km Staffellauf der OFD –BDZ Laufmannschaft

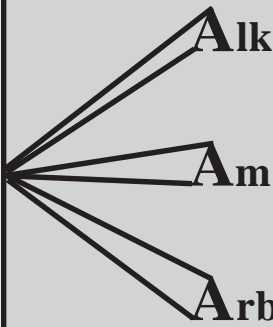
16x Teilnahme am Berlinmarathon

16x Teilnahme am Brockenmarathon

3. Finanzmeisterschaften im Marathon in Fulda

Mehrere Platzierungen bei CUP Läufern seiner brandenburgischen Heimat





Alkoholprobleme

Am

Arbeitsplatz

- Aufklärung

- Vorbeugung

- Hilfsangebote

Eberhard Altmann: 0331/2308-547

Michael Lauter: 030/4101-3131

Eberhard Wauer: 0179/6880170

Das sind Ihre Ansprechpartner des BDZ-Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg:
(auch auf unserer Homepage: www.bdz-bb.de)



Andreas Schwenke

Vorsitzender

Schwenke,
Andreas

BFD Mitte,

HZA Frankfurt/Oder

(0335) 563 - 1202

Fax:

(0335) 563 - 1201 o.

DO Potsdam

(0331) 64 61 - 593

Gesch.-St.:

(0331) 64 61 - 592

Fax:

(0331) 64 61 - 599

E-mail:

post@bdz-bb.de



Katrin Janus

Stellv. Vors.

Janus,
Katrin

HZA Potsdam,

Vollstreckung/Personalrat
(0331) 2308 - 157



Sylvio v. Kopp

Stellv. Vors.

v. Kopp,
Sylvio

ZKA Köln,

ZFA Berlin-Brandenburg
(030) 69583 - 555

Stellv. Vors.

Büttner,
Uwe

BFD Mitte,

DO Potsdam
(0331) 64 61 - 594

Stellv. Vors.

Fischer,
Wolfgang

BFD Mitte,

DO Potsdam
(0331) 64 61 - 596



Uwe Büttner

Erster Rechnungsführer

Walz
Kerstin

BFD Mitte,

DO Potsdam
(0331) 64 61 - 592

Zw. Rechnungsführer

Gall,
Ingrid

HZA Potsdam,

Flughafen Tegel
(030) 4101 - 3134

Erster Schriftführer

Zander,
Hartmut

OV Plessow,

Stahnsdorf
(03329) 62369

Zweiter Schriftführer

Meutzner,
Mandy

HZA Frankfurt/O., Präv. FKS Cottbus
(0355) 3573 - 0



Wolfgang Fischer

Beitrittserklärung zum BDZ
Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft
Mitglied im dbb-beamtenbund und tarifunion



Dienststelle: _____

Ich erkläre hiermit meinen Beitritt zum BDZ mit Wirkung vom _____ .

Name: _____ Vorname: _____

Amtsbez.: _____ geb. am: _____

Wohnanschrift: _____

Kenn-Nr. bei der Besoldungsstelle: _____

Mit der Einbehaltung des Mitgliedsbeitrages von meinen Bezügen durch das Bundesamt für Finanzen - Bundesbesoldungsstelle- bin ich einverstanden.

Meine Daten werden - nur für interne Zwecke - in Datenverarbeitungsanlagen gespeichert.

Ich gehöre einer anderen Gewerkschaft an: ja / nein

Ort, Datum

Unterschrift

Änderungsanzeige

An den Bezirksverband
Berlin-Brandenburg
über den

Ortsverband: _____

Name: _____ **Vorname:** _____

geb. am: _____

Umzugsmeldung:

Alte Anschrift: _____

Neue Anschrift: _____

Namenswechsel:

Neuer Name: _____

